

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksache 10/1250 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Hauptausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Büssow SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wird mit nachstehenden Änderungen, im übrigen unverändert angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei wurde im Hauptausschuß in den Sitzungen am 24. September und 16. Oktober 1986 beraten. In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 02 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. mit nachstehenden Änderungen angenommen.

Ergebnis der Beratungen

a) Beschlossene Änderungen

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die SPD-Fraktion beantragte die Umwandlung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 höherer Dienst.

Die Planstelle A 13 höherer Dienst (Bibliotheksrat) soll zugleich den Vermerk "kw nach BesGr. A 13 g. D." erhalten.

Hierin sieht die Fraktion der CDU eine personenbezogene Umwandlung, die - bei gleichzeitiger Ausbringung eines Ku-Vermerks - nach ihrer Auffassung gegen geltendes Recht verstößt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

2. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern

Die Fraktion der CDU beantragte, diesen Titel mit einem Sperrvermerk zu versehen. Zur Begründung führte sie an, aus dem Erläuterungsband sei nicht ersichtlich, auf welche Weise die Begünstigten einen Beitrag leisten, um unmittelbar in Ländern der Dritten Welt zu helfen. Es sei unerfindlich, warum es Aufgabe des Landes sein soll, den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, Kulturen und

Lebensverhältnisse in Entwicklungsländern unmittelbar und unverfälscht kennenzulernen, ohne daß deutlich wird, auf welche Weise diese Länder von diesen Reisen einen Nutzen haben.

Der Antrag wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen.

Der Hauptausschuß geht davon aus, daß die Landesregierung über das Ergebnis der Zwischenbilanz der Carl-Duisberg-Gesellschaft so rechtzeitig vor der 3. Lesung des Haushaltsgesetzes 1987 berichten wird, daß noch vor Verabschiedung die Aufhebung des Sperrvermerks möglich sein wird.

3. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titel 684 71 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Die Fraktion der SPD beantragte, in der Zweckbestimmung das Wort "Bildungsarbeit" durch das Wort "Informationsarbeit" und bei den Erläuterungen zu Titel 684 71 das Wort "Seminare" durch das Wort "Veranstaltungen" zu ersetzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

b) Abgelehnte Anträge

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- Titel 421 00 - Bezüge des Ministerpräsidenten und des Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben

Die Fraktion der F.D.P. beantragte Kürzung des Haushaltsansatzes um die Bezüge des Parlamentarischen Staatssekretärs (170 000 DM) und verwies zur Begründung auf ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz über das

Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen - siehe Drucksachen 10/390 und 10/755 -. Die Fraktion der CDU schloß sich dem Antrag und der Begründung an.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

2. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die F.D.P.-Fraktion beantragte Kürzung des Haushaltsansatzes in Höhe von 9 453 000 DM um 1 500 000 DM. Mit diesem Antrag bringt sie ihre ablehnende Haltung gegenüber 17 Planstellen zum Ausdruck, die im Haushaltsgesetz 1986 zusätzlich beschlossen wurden.

Die Fraktion der SPD hielt diesen Antrag für verfehlt, da er in der Sache nur darauf abzielen könnte, die entsprechenden Planstellen mit kw-Vermerken zu versehen. Sie lehnte den Antrag mit ihrer Stimmenmehrheit bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

3. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die Fraktion der CDU beantragte die Kürzung des Ansatzes von 9 453 000 DM um die Kosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe R 2.

Die Notwendigkeit zur Einrichtung einer weiteren Planstelle der Besoldungsgruppe R 2 besteht nach ihrer Auffassung nicht. Nach der Personalaufstockung in der Staatskanzlei im Rahmen des Etats 1986 sei ein weiterer Bedarf für eine Stellenvermehrung nicht zu begründen. Der

zusätzliche Personalbedarf des in Betracht kommenden Referats sei durch eine Umsetzung innerhalb der Staatskanzlei zu beheben. Die zusätzlich beantragte Stelle könne daher gestrichen werden.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

4. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die F.D.P.-Fraktion beantragte unter Hinweis auf den zu den Planstellen vorgelegten Antrag (siehe oben Ziffer 2) Kürzung der Haushaltsmittel um 950 000 DM. Es handele sich hierbei um 13 zusätzlich durch Haushaltsgesetz 1986 eingerichtete Stellen für Angestellte.

Der Antrag wurde bei Enthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

5. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grundstücke,
Gebäude und Räume

Bezogen auf das Ist-Ergebnis von 1985 beantragte die Fraktion der F.D.P. Kürzung des Haushaltsansatzes um 130 000 DM. Soweit die Erhöhung des Ansatzes die Bewirtschaftung der durch die Parlamentarische Staatssekretärin benötigten Räume berücksichtige, sei dieser Antrag in Konsequenz der ablehnenden Haltung der F.D.P.-Fraktion gegenüber dem Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs zu stellen.

Die Fraktion der CDU stellt den Raumbedarf nicht in Frage, bat jedoch noch vor der 2. Lesung des Haushaltsgesetzes 1987 um Darstellung der benötigten Beträge für die Räume der Parlamentarischen Staatssekretärin und der Landeszentrale für politische Bildung.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

6. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 527 10 - Reisekosten

Die F.D.P.-Fraktion beantragte eine Kürzung des Mittelansatzes um 100 000 DM. Die Verstärkung des Ansatzes gegenüber 1986 um 107 000 DM sei überproportional. Die Staatskanzlei verteidigte den Mittelansatz unter Hinweis auf die Aufgaben- und Personalvermehrung sowie die verstärkte Reisetätigkeit des Ministerpräsidenten.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Oppositions-Fraktionen abgelehnt.

7. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Gemäß ihrer Auffassung, die Ausgaben des Ministerpräsidenten sollten das Doppelte des für den Landtag veranschlagten Betrages nicht überschreiten, beantragte die Fraktion der CDU eine Kürzung des Mittelansatzes um 207 200 DM.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte Kürzung der Mittel um 737 000 DM; sie hält die daraus finanzierte Öffentlichkeitsarbeit für eine überzogene Selbstdarstellung der Landesregierung. Dem hielt die Fraktion der SPD entgegen, der Mittelansatz sei schon seit mehreren Jahren unverändert, aber auch notwendig, damit die Landesregierung ihrer Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung genügen könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der CDU-Fraktion gegen die F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

8. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung
Titel 812 30 - Beschaffungen für Repräsentationszwecke

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, die Haushaltsansätze von 1 000 000 bzw. 230 000 DM um insgesamt 500 000 DM zu kürzen. Sie hält eine solche Kürzung mit Rücksicht auf den allgemeinen Verfügungsfonds für gerechtfertigt.

Die Fraktion der CDU stimmt zwar im Grundsatz der Notwendigkeit einer Repräsentation und damit einer Selbstdarstellung des Landes zu, steht einzelnen Maßnahmen aber kritisch gegenüber. Sie enthält sich deshalb der Stimme.

Der F.D.P.-Antrag wurde daher mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

9. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen

Die F.D.P.-Fraktion verwies im Zusammenhang mit den beiden folgenden Änderungsanträgen auf ihre Gesetzesinitiative zur Einsetzung eines Sachverständigenrates. Sie beantragt hier die Streichung des Mittelansatzes von 340 000 DM, da einerseits kein Beratungskonzept erkennbar sei, andererseits nach ihrer Vorstellung die Titelgruppe entbehrlich sein wird.

Die Fraktion der CDU beantragte hingegen die Ausbringung eines Sperrvermerks, da sie in der Kürzung des Mittelansatzes dieser Titelgruppe eine Bestätigung ihrer bisherigen Kritik erkennt. Vor Aufhebung des Sperrvermerks müßte nach ihrer Auffassung die Vergabeliste der Forschungsaufträge diskutiert werden. Planung und Beratung im Hinblick auf die Landesentwicklung müßten neu konzipiert werden, darauf Ziele die Gesetzesinitiative der F.D.P.-Fraktion ab; auch hätten der Hauptausschuß und der Ausschuß für Innere Verwaltung eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die an der Erarbeitung eines solchen Konzepts mitwirken sollten. Wenn mit diesem Ziele auch der Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. beraten werden sollte, würde sich auch die F.D.P.-Fraktion mit dem beantragten Sperrvermerk einverstanden erklären; im übrigen werde sie ihren Antrag aufrechterhalten, so der Sprecher der F.D.P.-Fraktion.

Die Fraktion der SPD zeigte Bereitschaft, über die angesprochene Problematik ausgiebig zu diskutieren, lehnte jedoch die Ausbringung eines Sperrvermerks und die weitere Kürzung der Ausgaben der Titelgruppe 60 ab.

Demgemäß wurde der Antrag der CDU-Fraktion auf Anbringung eines Sperrvermerks mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Oppositionsfraktionen abgelehnt

und

der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Streichung des Mittelansatzes der Titelgruppe 60 bei Enthaltung der CDU-Fraktion gegen die F.D.P.-Stimme abgelehnt.

10. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 526 70 - Kosten für Sachverständige

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung des Mittelansatzes in Höhe von 150 000 DM.

Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

11. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titelgruppe 70 - Landesentwicklungsbericht

Im Zusammenhang mit den beiden zuvor aufgeführten Anträgen beantragte die Fraktion der F.D.P. auch hier die Streichung des Mittelansatzes in Höhe von 230 000 DM.

Auch dieser Antrag wurde bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

12. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 541 71 - Durchführung einer Landesausstellung
"Nordrhein-westfälische Entwicklungs-
zusammenarbeit"

Die F.D.P.-Fraktion beantragte Streichung des Mittelansatzes von 100 000 DM.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

13. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 684 71 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeits-
und Bildungsarbeit

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Streichung des Mittelansatzes wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

14. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 686 71 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen
Zusammenarbeit im Ausland

Auch der Antrag der F.D.P.-Fraktion, den Ansatz um
800 000 DM zu kürzen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

15. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 526 81 - Kosten für Gutachten und Forschungsauf-
träge

Die Fraktion der F.D.P. hält die Mittelverwendung für
die landeseigene Begleitforschung für weit überhöht und
beantragte deshalb Kürzung des Mittelansatzes um
1 000 000 DM.

Die Fraktion der SPD verwies auf die gesetzlichen
Verpflichtungen des Landes, stimmte im übrigen jedoch
der Anregung der CDU-Fraktion zu, über die Ergebnisse
sowie über das ISDN-Projekt Dortmund Anfang des
kommenden Jahres zu diskutieren. Sie lehnte den
F.D.P.-Antrag daher mehrheitlich ab.

16. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau
und Mann
Titel 526 00 - Kosten für Sachverständige und Unter-
suchungsvorhaben

Die Fraktion der F.D.P. kritisierte den Katalog der
vorgesehenen Maßnahmen (vgl. Seite 56 - Vorlage 10/573)
und beantragte Streichung des Mittelansatzes in Höhe von
240 000 DM.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der
SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen
abgelehnt.

17. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann

Titel 531 00 - Werbungs- und Aufklärungsmaßnahmen

Mit gleichem Stimmenverhältnis wurde auch der F.D.P.-Antrag auf Kürzung des Mittelansatzes von 140 000 DM abgelehnt.

18. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Mann und Frau

Titel 541 00 - Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen

Die F.D.P.-Fraktion beantragte Streichung des Ansatzes in Höhe von 75 000 DM. Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

19. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion auf Kürzung des Mittelansatzes um 600 000 DM wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

20. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 40 - Zuschuß zur Förderung und Verbreitung des Friedensgedankens

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Mittelansatz von 80 000 DM zu streichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

21. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung
Titel 893 00 - Zuschüsse für den Bau und die Einrichtung
von Häusern der Weiterbildung in anderer
Trägerschaft, die ausschließlich Lehr-
veranstaltungen für politische Bildung
durchführen

Wie auch in anderen Bereichen, möchte die
F.D.P.-Fraktion auch hier die Investitionsvorhaben
strecken. Sie beantragte daher die Kürzung des Ansatzes
von 3 300 000 DM um 300 000 DM.

Die Landesregierung verwies darauf, es handele sich um
mehrjährige Projekte, die in diesem Jahr abgeschlossen
würden.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wurde mit den Stimmen der
Fraktion von SPD und CDU abgelehnt.

Prof. Dr. Farthmann

Vorsitzender